

Karl Osterkamp

GESUNDUNG DER SOZIALSTRUKTUR?

Die Frage der sozialen Einkommensverteilung in Westdeutschland wurde in den letzten Monaten bei uns kaum noch diskutiert. Im Ausland, namentlich in Großbritannien, Frankreich, den Beneluxländern und sogar in den USA wird dieses Problem ständig lebhaft erörtert. Außerhalb unserer Grenzen werden auch die ökonomischen Risiken ungesunder sozialer Schichtungen stärker beachtet, als es in der Bundesrepublik der Fall ist.

Bei uns haben entstellende und schönfärberische Äußerungen in der Unternehmerpresse dazu beigetragen, das tatsächliche Elend des größten Teiles der Bevölkerung zu verschleiern. Das Sinken der amtlichen Indexziffer für Lebenshaltungskosten von 168 im Januar 1949 auf 154 im Februar 1950 und die leichte Zunahme der Durchschnittsverdienste der gewerblichen Arbeiter begünstigten ein Abflauen der Diskussion. Man muss außerdem berücksichtigen, dass die wirtschaftlichen Vorgänge und die Kausalzusammenhänge, die das Problem der Einkommensverteilung berühren und überschneiden, schwer zu beurteilen sind. Gemeint sind hier vor allem die Fragen der Investitionen, Gewinne, Produktionskosten, Steuern und des Sozialaufwandes. Die in Westdeutschland vorhandenen statistischen Daten sind auch heute noch unvollständig. Es ist deshalb besonders schwierig, die wirklichen Entwicklungstendenzen einwandfrei herauszuschälen.

Gerade in dem Augenblick, in dem die Forderung der Arbeitnehmer auf Mitbestimmung in der Wirtschaft die wirklichen politischen Fronten sichtbar macht, sollte das Thema „Reallohn und Sozialprodukt“ wieder seiner Bedeutung entsprechend erörtert werden.

Die Bilanz eines Jahres

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften (WWI) hatte vor Jahresfrist ermittelt, dass theoretisch auf jeden Bürger Westdeutschlands 85 v. H. derjenigen Gütermenge entfallen müsse, die er 1938 verbraucht hat. Praktisch haben die Rentner und Sozialunterstützten Ende 1948 nur 55 v. H., die Arbeitnehmer 66 v. H. und die übrigen Einkommensbezieher mehr als 100 v. H. ihres theoretischen Anteils von 1938 verbraucht. Seitdem sind die Lebenshaltungskosten der typischen Indexfamilie gesunken. Die Verdienste der Industriearbeiter nahmen durchschnittlich um 14 v. H. zu. Für die Arbeitnehmerschaft als Ganzes darf man eine Einkommenszunahme um etwa 8 v. H. annehmen. Bei den Rentnern und Unterstützungsempfängern sind kleine Verbesserungen vorgenommen worden. Auch ist hier der Kreis der Bezieher erweitert worden. Man müsste demnach die Tatsache einer Erleichterung der Lage der einzelnen abhängigen Einkommensbezieher bejahen.

Trotz dieser scheinbar eindeutigen Tendenz sind aber zwei schwere Fehler in dieser Rechnung enthalten. Einmal bezieht sich der Index für Lebenshaltungskosten auf den fiktiven Warenkorb der typischen Indexfamilie. Die Fächer dieses Warenkorbs enthalten so viel Güter- und Dienstleistungen, wie eine vierköpfige Familie mit 270 bis 280 DM netto monatlich verbrauchen kann. Die Mehrzahl der Familien in Westdeutschland kann aber nur über weniger als 220 DM netto monatlich verfügen. Sie muss also auf einen Teil der Güter mit geringerer Dringlichkeit verzichten. Dagegen müssen diese Bezieher mit geringeren Einkommen zwangsläufig bestimmte dringliche Bedürfnisse befriedigen.

Sie müssen z. B. diejenigen Grundnahrungsmittel verbrauchen, die im Laufe des Jahres 1949 nicht unerheblich teurer geworden sind.

Ferner bedeutet eine Verringerung der Lebenshaltungskosten für die einzelnen Gruppen der abhängigen Einkommensbezieher nicht ohne weiteres eine Steigerung ihres Anteils am Sozialprodukt. Denn das gesamte Sozialprodukt war im Jahre 1949 nach den Schätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums etwa 11 v. H. höher als im Jahre 1948/49, d. h. in dem auf die Währungsreform folgenden Jahr. Das Sozialprodukt ist also größer geworden.

Da der Vergleich der Löhne und Lebenshaltungskosten sich auf die Zeit von Ende 1948 und Ende 1949 bezieht, muss korrekterweise auch das Sozialprodukt an den beiden Jahresschnittpunkten verglichen werden. Für Ende 1949 liegen jedoch noch keine entsprechenden Daten vor. Es können aber aus der Entwicklung der Produktionszahlen der Industrie und Landwirtschaft sichere Schlüsse hinsichtlich der wahrscheinlichen Zunahme des Sozialprodukts gezogen werden.

Die industrielle Produktion nahm hiernach um etwa 20 v. H. die der Landwirtschaft um rund 19 v. H. zu. Die Einfuhr stieg etwa auf den dreifachen Umfang. Das Sozialprodukt, einschließlich der Hilfeleistungen des Auslandes, dürfte somit am Jahresende 1949 um fast 20 v. H. höher gewesen sein als vor einem Jahr. Die Anteile der einzelnen sozialen Gruppen können sich trotz geringer Verbilligung der Lebenshaltung deshalb nicht wesentlich verändert haben.

Es bleibt noch zu prüfen, ob sich innerhalb der abhängigen Einkommensbezieher wesentliche Umschichtungen vollzogen haben. Brauchbare Unterlagen über die Einkommensschichtung im gesamten Sozialkörper sind für beide Vergleichszeiten nicht vorhanden. Für die abhängigen Einkommensbezieher gibt es aber Maßstäbe, die die Entwicklungstendenzen erkennen lassen. Das WWI hatte im Frühjahr 1949 errechnet, dass Ende 1948 81 v. H. der abhängigen Einkommensbezieher über weniger als 250 DM brutto monatlich verfügen. Aus einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet¹⁾ geht hervor, dass 52 v. H. der Industriearbeiterschaft im September 1949 unter der 250-DM-Grenze lagen. Berücksichtigt man dazu diejenigen Arbeitnehmergruppen, die sicher unter dieser Einkommensgrenze liegen, sowie die Rentner und Unterstützungsempfänger, so kann man bei vorsichtiger Schätzung annehmen, dass am Jahresende immer noch fast 80 v. H. der abhängigen Einkommensbezieher ein geringeres Einkommen hatten als 250 DM brutto monatlich.

Man kann ferner aus der Veröffentlichung des Statistischen Amtes entnehmen, dass der Anteil der besser entlohnten Industriearbeiter in der öffentlichen Diskussion offenbar stark überschätzt wird. Denn nach dieser amtlichen Statistik entfallen auf die Einkommensstufen über 350 DM brutto monatlich nur 9,1 v. H. von insgesamt 2,7 Millionen erfassten Arbeitern. Es sieht also nicht so aus, als ob in der Schichtung der abhängigen Bevölkerung wesentliche Änderungen eingetreten sind. Die Verelendung eines großen Teiles der Bevölkerung hat also fortgedauert. Wäre die Senkung der Lebenshaltungskosten bei einem durchschnittlichen Einkommensniveau auf oder oberhalb der Grenze des Existenzminimums eingetreten, so würde sie hinsichtlich der Güterproduktion sowie der Spar- und Investitionstätigkeit zweifellos günstigere Wirkungen gehabt haben, als es in der westdeutschen Situation der Fall ist. Selbst im Vergleich zu 1938 entspricht die Lage der meisten Arbeitnehmer einem Notstand, obwohl die Verhältnisse von 1938 keineswegs dem volkswirtschaftlichen und sozialen Optimum von damals gleichkamen.

1 Vgl. „Wirtschaft und Statistik Nr. 11, Februar 1950.

Das WWI hat für Reallohnvergleiche mit der Vorkriegszeit einen korrigierten Lebenshaltungskostenindex errechnet, dem das geometrische Mittel der verbrauchten Güter der Warenkörbe von 1938 einerseits und der Nachkriegszeit andererseits zu Grunde gelegt ist. Danach betrug die Kaufkraft im Bundesgebiet in v. H. von 1938

im Dezember 1948 = 49 v. H.

im Dezember 1949 = 53 v. H.

im Februar 1950 = 53 v. H.

Der reale Wochenverdienst eines Industriearbeiters betrug hiernach:

1938 = 41,31 Mark

im Dezember 1948 = 24,72 Mark

im Dezember 1949 = 31,27 Mark

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Dynamik ist der Vergleich von Kaufkraft- und Gütervolumen noch aufschlussreicher als die niedrigen Realeinkommen im Verhältnis zur Vorkriegszeit. Das Arbeitseinkommen aller Arbeitnehmer in der Bizone hat 1949 um etwa 7 v. H. zugenommen. (Bei dieser Gesamtzahl wirkte sich der Rückgang der Beschäftigtenzahl um 190.000 aus.) Das Gütervolumen hat sich aber im gleichen Zeitraum um fast 20 v. H. ausgedehnt. Es zeigt sich hierbei, dass die Arbeitsverdienste mit der Leistungssteigerung nicht Schritt gehalten haben. Ferner liegt darin eine Erklärung für die Zunahme der volkswirtschaftlichen Lagerbestände.

Stagnation der Einkommen und Preise

Der Vergleich einiger bezeichnender Daten über die soziale Schichtung in Westdeutschland an zwei Jahresschnittpunkten deutet auf eine Stabilisierung der verkrampften sozialen Verhältnisse hin. Die Entwicklung der Löhne und Preise im Verlauf von 1949 und nachher lässt darüber hinaus erkennen, dass eine Besserung zunächst nicht zu erwarten ist.

Die Löhne der Arbeiter, Angestellten und Beamten haben sich seit Mitte 1949 nicht wesentlich verändert. Es zeigen sich vielmehr statt einer Zunahme hier und da leichte Rückgänge der Stundenverdienste, besonders bei den Arbeiterverdiensten durch Fortfall von Überstunden und Akkordzuschlägen. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit ist im Dezember seit Juni 1949 erstmalig zurückgegangen.

Die Einzelhandelspreise unterlagen zwar einigen strukturellen Schwankungen. Im Schnitt sind sie aber seit dem Ausgang des Sommers 1949 relativ stabil geblieben. In der jüngsten Zeit scheint sich dagegen eine steigende Tendenz der Preise durchzusetzen. Es gehört kein prophetischer Blick dazu, um zu erkennen, dass die Stagnation der Lohnpreisrelationen nicht mehr von langer Dauer sein kann.

Die langdauernde Schwächung der Massenkaufkraft musste zwangsläufig bei Ausdehnung des Gütervolumens zu einer zunächst noch strukturellen Konsumkrise führen. 400.000 konjunkturell Erwerbslose, die große Zahl der Kurzarbeiter und der Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit in der Industrie sind das sichtbare Ergebnis dieser Konsumkrise. Auch soll in diesem Zusammenhang der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Anstieg des Sozialaufwandes nicht vergessen werden. Die Abnahme der Arbeitslosenzahl im März und April betrifft nur die saisonbedingte Arbeitslosigkeit.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die latente Konsumkrise noch verschärfen dürfte. Das ist besonders dann der Fall, wenn durch steuerliche Maßnahmen eine weitere Belastung der unteren Einkommen mittelbar oder

unmittelbar eintritt. Denn die Finanzminister werden bestrebt sein; die durch den hohen Sozialaufwand bedingten Etatschwierigkeiten durch weitere Belastungen der Konsumenten zu überwinden. Es ist also „der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären!“

Die Überwindung der Konsumkrise

Anlässlich der Oberhausener Tagung des WWI über die Politik einer Vollbeschäftigung in Westdeutschland ist als wichtiger Hebel zur Überwindung sowohl der so genannten strukturellen - durch den Flüchtlingszustrom bedingten - als auch der konjunkturellen Erwerbslosigkeit die Vergrößerung des Sozialprodukts und eine Korrektur der Einkommensverteilung bezeichnet worden. Eine fortschreitende Einkommensdeflation der abhängigen Bevölkerung, die nach dem vorher gesagten ernstlich droht, muss sich schließlich auch auf die übrigen Wirtschaftspartner ausdehnen. Die Beseitigung dieser Krise ist nicht allein eine sozial-ethische, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Unsere Frage muss deshalb lauten: „Wie kann man den heutigen Zustand des verzerrten Sozialgefüges beseitigen?“ Rechnet man zu dem Arbeitseinkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung hinzu, so beträgt die durchschnittliche Belastung dieser Einkommen durch Sozialversicherungsbeiträge, direkte und indirekte Steuern etwa 41 v. H. Die Steuerpolitik in der Bundesrepublik belastet die unteren Einkommensschichten relativ weit stärker als die höheren Einkommen. Außerdem ist das tatsächliche Steueraufkommen der abhängigen Einkommensbezieher dem auf sie entfallenden Steuersoll nahezu gleich. Dagegen ist nach amtlicher Feststellung der Umfang der Steuerhinterziehungen bei den veranlagten Einkommen mit mindestens fünf Milliarden DM für 1949 zu beziffern. Eine fühlbare Entspannung der Konsumkrise könnte also bereits dadurch herbeigeführt werden, dass man die Verbrauchssteuern für Massenkonsumgüter senkt oder aufhebt (Zuckersteuer, Zündholzsteuer, Tabaksteuer, Kaffee- und Teesteuer) und gleichzeitig Steuerhinterziehungen mit dem bewährten Mittel der Buchprüfung verringert. Solche steuerpolitischen Mittel stehen der Bundesregierung ohne weiteres zur Verfügung.

Ein weiteres wirtschaftspolitisches Mittel wäre die Kontrolle der Handelsspannen und der Gewinne in der Wirtschaft. Durch den Abbau der Preisprüfungsstellen wurde eine Kontrolle von Monopolpreisen unmöglich. Die Steuerbegünstigung der Investitionen wirkte als Prämie für Übergewinne und Pehlinvestitionen. Die weitgehende Ausschaltung jeglicher Produktions- und Verteilungsrisiken verhindert die so sehr gerühmte Unternehmerinitiative. Das, was für unsere Agrarproduktion als Voraussetzung für ihre künftige Selbstbehauptung unumgänglich ist, die Verschärfung des Existenzkampfes durch angemessene Löhne, gilt auch für viele Zweige der gewerblichen Wirtschaft und des Verteilungsapparates. Unser Sozialgefüge kann nicht normalisiert werden ohne Hebung des realen Arbeitseinkommens. Diese Tatsache ist der entscheidende wirtschaftspolitische Hintergrund der gewerkschaftlichen Forderung nach einem Gesetz über die Mindestarbeitsbedingungen, dem ein Parallelgesetz über soziale Mindestunterstützungssätze folgen muss. Man hat diese Forderung nach Verwirklichung der volkswirtschaftlich möglichen Mindestlebensbedingungen als die Schaffung einer „Betonplattform“ bezeichnet.

Diese Plattform ist unentbehrlich, wenn man die unrationellen Betriebe der Gütererzeugung und -verteilung ausschalten oder zur Rationalisierung zwingen will. Ohne Rationalisierung kann keine Exportsteigerung erzielt werden. Bei

großer Arbeitslosigkeit ist aber eine ausreichende Rationalisierung der Wirtschaft in der Regel ausgeschlossen.

Es ist klar, dass einer großzügigen Wirtschafts- und Sozialpolitik in Westdeutschland erhebliche politische und technische Schwierigkeiten entgegenstehen. Diese sind aber nicht unüberwindlich. Sie müssen überwunden werden, weil eine gesunde europäische Wirtschaft ohne diese Voraussetzung nicht realisierbar ist und weil die wirtschaftliche Existenzmöglichkeit Westdeutschlands sonst fraglich wird.

Um die Voraussetzungen einer Politik der Vollbeschäftigung zu schaffen, sind schätzungsweise acht Milliarden DM Neuinvestitionen erforderlich. Der beabsichtigte Effekt kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn die dazu nötigen Kredite volkswirtschaftlich optimal verwandt werden. Dazu ist es aber notwendig, dass durch wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer die Aspekte einer sozialen Wiedergesundung garantiert werden.